

Dr. Wiebke Esdar, MdB
Timon Gremmels, MdB
Elisabeth Kaiser, MdB
Elvan Korkmaz, MdB
Helge Lindh, MdB
Siemtje Möller, MdB



Falko Mohrs, MdB
Josephine Ortleb, MdB
Johannes Schrapf, MdB
Michael Schrodi, MdB
Dr. Manja Schüle, MdB
Marja-Liisa Völlers, MdB

Ein bürgerfreundlicher Staat, der Sicherheit und soziale Teilhabe ermöglicht

1. Wo wir stehen

Wir als SPD bekennen uns zu einem handlungsfähigen Staat, der soziale Teilhabe ermöglicht und ein Leben in Freiheit und Sicherheit gewährleistet. Jeder Mensch, der in Deutschland lebt, muss die Möglichkeit haben, aktiv und anerkannt am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und es mitzugestalten. Wenn wir Inklusion, Teilhabe, Chancengleichheit und soziale Mobilität fördern, dann fördern wir auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Denn das, was die Menschen voneinander trennt, sind nicht ihre Herkunft oder Kultur, sondern soziale Ungleichheit. Eine Gesellschaft kann nur dann zusammenwachsen, wenn es ihr gelingt, strukturelle soziale Ungleichheit abzubauen und Teilhabe zu ermöglichen. Kernaufgabe des Staates muss es daher sein, allen Menschen in Deutschland – unabhängig von ihrer Herkunft, ihres Geschlechts oder sozialen Lage – gleichwertige Zugangschancen zu gesellschaftlichen sowie staatlich angebotenen Leistungen zu ermöglichen, um von gleichen Chancen auch zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse zu kommen. Wir wollen die doppelte Integration aller leisten, egal ob sie bereits lange hier leben, aber nicht die gleichen Chancen zur Teilhabe haben, oder neu bei uns ankommen.

2. Was wir tun können

Um diese Teilhabechancen zu gewährleisten, muss der Staat investieren: in Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit und Infrastruktur, im ländlichen wie im städtischen Raum. Dabei muss uns der Gedanke leiten, präventiv zukunftsgerichtet zu handeln: Durch mehr und gezieltere Investitionen kann der Staat dazu beitragen, dass der Nährboden für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Armut und Kriminalität gar nicht erst entsteht. Das macht im Kern einen bürgerfreundlichen Staat aus.

2.1 Öffentliche Sicherheit

Ein bürgerfreundlicher Staat muss seinen Bürgerinnen und Bürgern auch ihr Grundrecht auf Sicherheit gewährleisten. Soziale Gerechtigkeit kann es nur in einer friedlichen und sicheren Gesellschaft geben. Zudem ist Sicherheit auch ein Verteilungsthema. Menschen mit Zugang zu materiellen Ressourcen können sich Sicherheit erkaufen. Weniger privilegierte Menschen können das nicht. Damit ist Sicherheit ein zutiefst sozialdemokratisches Anliegen.

Sicherheit wird jedoch zunehmend zur Privatsache und zu einem käuflichen Gut. Staatliche Aufgaben werden ausgelagert und auf private Unternehmen übertragen. Das private Sicherheitsgewerbe expandiert und die Nachfrage nach privaten Sicherheitsdienstleistungen, sowohl in personeller Form als auch in Bezug auf Sicherheitstechnik, wächst. Wer es sich leisten kann, zieht in eine sicherere Gegend. Dieser Kommerzialisierung, also dem Zur-Ware-Werden von Si-

cherheit, muss der Staat entgegenwirken. Er darf sich von einer seiner Kernaufgaben, der Gewährleistung des öffentlichen bzw. gemeinschaftlichen Gutes der inneren Sicherheit, nicht zurückziehen. Die Etablierung von Bürgerwehren sehen wir mit Sorge und lehnen sie ab. Das Gewaltmonopol des Staates muss gewahrt bleiben.

Auf Kosten ihrer Beschäftigten und geringer Qualitätsstandards, bieten private Sicherheitsdienste ihre Leistungen oftmals niedrigpreisig an. Sie bewachen Flughäfen, Bahnhöfe, Kernkraftwerke, Großveranstaltungen wie Fußballspiele und Konzerte, und sorgen für Sicherheit in Unterkünften von Geflüchteten. Diese Auslagerung von Polizeiaufgaben ist auch vor dem Hintergrund der neuen Aufgaben und Herausforderungen zu sehen, mit denen die Polizei konfrontiert ist: Terrorbekämpfung, organisierte Kriminalität, Cyber-Kriminalität sowie immer aufwendigere Ermittlungsverfahren. Um diesen Trend umzukehren, müssen wir unsere Polizei stärken und personell besser ausstatten.

In der Asyl- und Migrationspolitik haben wir eine klare Haltung. Wir vertreten eine Position des humanitären Pragmatismus. Das Grundrecht auf Asyl ist für uns unantastbar. Gleichzeitig benötigen wir eine geordnete Flucht- und Migrationspolitik mit klaren Regeln. Wir müssen wissen, wer in unser Land kommt. Hierfür benötigen wir ein funktionierendes Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und eine sofortige Identitätsklärung schon bei der Ankunft. Für Mehrfach- und Intensivtäter fordern wir beschleunigte Asylverfahren und konsequente Abschiebung. Klar ist aber auch: Ein deutscher Alleingang in der Asyl- und Migrationspolitik wird nicht funktionieren. Wir brauchen gemeinsame europäische Lösungen: Neben dem Schutz der EU-Außengrenzen und einer EU-Grenzschutzpolizei benötigen wir ein gemeinsames europäisches Asylsystem. Wer nur über Grenzen und Obergrenzen spricht, offenbart seine eigene Begrenztheit.

2.2 Soziale Teilhabe

Sicherheit bedeutet ebenfalls: gesellschaftliche und soziale Spaltung überwinden und den Zusammenhalt stärken. Soziale Sicherheit beinhaltet die Themen Rente, Pflege, Wohnen und Miete, Arbeit und Bildung. Eine verlässliche und solidarisch getragene Absicherung gegen die großen Lebensrisiken gehört zur politischen DNA unserer Partei. Auch hier wollen wir bürgerfreundlicher werden: also transparenter, unbürokratischer und gerechter.

Wir wollen eine nach vorn gerichtete, zukunftsgerichtete Debatte fördern. Es sollte nicht mehr primär um die Frage gehen, welchen Sozialstaat wir im Jahr 2002 gebraucht hätten, sondern welchen Sozialstaat wir im Jahr 2025 benötigen.

In unserem Land sind über 2,5 Millionen Kinder arm. Besonders betroffen sind Kinder von Alleinerziehenden, aus Haushalten mit Migrationshintergrund und mit Langzeitarbeitslosigkeit, aber auch Haushalte mit mehr als drei Kindern. In so einem reichen Land wie Deutschland darf das nicht sein. Deshalb müssen wir etwas tun. Eine eigenständige Kindergrundsicherung ist unser Lösungsansatz. Sie ist eine der besten Investitionen in die Zukunft, die wir tätigen können. Es soll nicht mehr viele verschiedene „Töpfe“ geben, sondern pro Kind einen festen monatlichen Betrag. Dieser unterliegt der Besteuerung nach dem Einkommensteuersatz der Eltern. Das ist unbürokratisch und gerecht. Die, die unsere Unterstützung am meisten benötigen, würden von diesem Modell am meisten profitieren.

Zusätzlich brauchen wir eine Antwort auf die drohende und bestehende Altersarmut und die Zukunft der Sozialversicherungssysteme. Soziale Sicherungssysteme sind öffentliche Verantwortung. Das Umlageverfahren der öffentlichen Rentenversicherung hat sich als besonders effektiv und als sozial stabil erwiesen. Die Rente zukunftsfest zu machen heißt somit, die gesetzliche Rente zu stärken und private Vorsorge als individuelle Ergänzung, nicht aber als notwendig erforderlichen Teil der Alterssicherung zu begreifen. Die Absicherung von Lebensrisiken darf

nicht privatisiert werden. In dieser Frage stehen wir fest an der Seite breiter Bevölkerungsschichten und unterscheiden uns deutlich von den liberalen, konservativen und rechts-extremen Parteien und ihrer Vorstellung einer weiteren Privatisierung.

Mit der doppelten Haltelinie bei Rentenniveau und Rentenversicherungsbeitrag haben wir erste richtige Schritte zur Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung gemacht. Mittelfristig muss das Rentenniveau wieder mindestens 50 Prozent betragen. Wir müssen darüber hinaus die Rentenversicherung von der Belastung versicherungsfremder Leistungen wie der Mütterrente befreien, indem diese Leistungen sachgemäß mit Steuermitteln finanziert werden.

Das Renteneintrittsalter in Deutschland soll nach dem Willen einiger Ökonomen, Teilen der Union und der FDP auf 70 Jahre oder mehr steigen. Wir lehnen das ab, denn dies hätte zu erheblichen Rentenkürzungen für die Menschen zur Folge, die nicht länger arbeiten können und Abschläge hinnehmen müssen. Zum anderen ist es bereits heute möglich, länger zu arbeiten und so sogar weitere Rentenansprüche zu generieren. Über eine flexiblere Gestaltung des Renteneintrittsalters in Tarifverträgen sollten darüber hinaus Möglichkeiten geschaffen werden, ohne Abschläge früher aus dem Erwerbsleben auszuschneiden als bisher gesetzlich vorgesehen.

Ein solidarisches Europa zeigt sich auch in der Absicherung der Menschen im Alter. Wir werden daher auch Best-Practice-Beispiele aus dem europäischen Ausland auf Instrumente zur Stärkung der gesetzlichen Rente prüfen. Eine Rente, in die unter anderem auch Selbständige, Beamte und Abgeordnete einzahlen, kann ein Baustein zur Stärkung der gesetzlichen Rente sein.

Es darf nicht sein, dass Menschen für die niedrigen Löhne während ihres Arbeitslebens im Alter erneut bestraft werden. Wir wollen, dass die Lebensleistung von Menschen anerkannt wird, auch in Ostdeutschland. Altersarmut ist kein individuelles Schicksal, sondern ein strukturelles Problem. Wir brauchen auch deshalb eine grundlegende Reform der gesetzlichen Rente. Darüber hinaus darf die Grundrente nicht in Abhängigkeit einer Bedarfsprüfung gewährt werden.

2.3 Bürgernähe

Ein bürgerfreundlicher Staat muss auf Bürgernähe und gemeinschaftliche Lösungen vor Ort setzen. Er muss seine Bürgerinnen und Bürger ansprechen, ihnen Angebote unterbreiten und Unterstützungsprozesse anstoßen.

Eine positive Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit unserem Staat geht nur über persönliches Vertrauen in unser Gemeinwesen, in die staatliche Garantie von Ordnung und Sicherheit und ein hohes Maß an individueller Serviceleistung, auf die sich jeder und jede Einzelne verlassen kann. Aus dieser positiven Identifikation kann Solidarität untereinander, Akzeptanz der staatlichen Regeln sowie die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement erwachsen.

Einen Beitrag dazu kann der Bürgerlotse leisten, ein Leitsystem durch unsere komplexe Verwaltung. Der Bürgerlotse ist eine vorgeschaltete Informationsstelle für die Bürgerinnen und Bürger, um im Dschungel der Behörden den richtigen Weg zu finden (angesiedelt zum Beispiel im Bürgeramt). Im ersten Schritt wird in einem Bürgergespräch analysiert, wo das individuelle Problem liegt, biografieorientiert und umfassend. Im zweiten Schritt erfolgt eine zielgerichtete Zuweisung an die passende Behörde, Aushändigung der zutreffenden Formulare sowie Unterstützung beim Ausfüllen. Dabei sollen Bund, Länder ebenso wie kommunale Ebenen oder Förderprogramme berücksichtigt werden. Schließlich wird im dritten Schritt nach der Antragstellung überprüft, ob der Weg erfolgreich war oder ein anderer eingeschlagen werden muss.

Das Lotsensystem wird nicht jedes Problem lösen können, aber die Bürgerinnen und Bürger erhalten die Chance, ihre Interessen und Bedürfnisse effektiver umzusetzen. Diejenigen, die Hilfe benötigen, werden an die zuständigen Ansprechpartner und Behörden vermittelt. Ihre Sorgen werden in konkretes Behördenhandeln überführt. Teilhabe ermöglichen bedeutet, jeden und jede ernst zu nehmen und in die Lage zu versetzen, die eigenen Anliegen zu verwirklichen.

3. Unsere Forderungen

- Unsere Polizei muss gestärkt werden, die öffentliche Sicherheit darf nicht privatisiert werden.
- Die solidarische, gesetzliche Rentenversicherung muss wieder der Kern unseres Rentensystems werden. Wir brauchen eine europäische Debatte zur Stärkung der solidarischen Absicherung im Alter statt weiterer Privatisierung und Erhöhung des Renteneintrittsalters.
- Die Grundrente ist ohne die Hürde der Bedarfsprüfung zu gewähren.
- Es muss eine eigenständige Kindergrundsicherung mit einem festen monatlichen Betrag pro Kind eingeführt werden, die dem Einkommen der Eltern entsprechend versteuert wird.
- Als Leitsystem durch unsere komplexe Verwaltung muss ein Bürgerlotse eingeführt werden.

Berlin, den 12. Juli 2018